

Ressort: Finanzen

Bericht: Unternehmen sollen 20.000 zusätzliche Lehrstellen schaffen

Berlin, 04.12.2014, 01:00 Uhr

GDN - Die Unternehmen in Deutschland sollen mehr tun, um neue Ausbildungsplätze zu schaffen: Die Wirtschaft werde "im Jahr 2015 20.000 zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze gegenüber den im Jahr 2014 bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Ausbildungsplätzen zur Verfügung stellen", heißt es der "Süddeutschen Zeitung" zufolge in einem vorläufigen Entwurf für eine neue "Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015 bis 2018", den Wirtschaftsverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), mehrere Bundesministerien und Länder ausgehandelt haben. Industrie-, Handels- und Handwerkskammern sollen dafür Betriebe ansprechen, "die im Vorjahr keinen Ausbildungsvertrag abschließen konnten".

Weiter steht laut SZ in dem Entwurf: "Die Wirtschaft macht jedem vermittlungsbereiten Jugendlichen, der zum 30. September noch keinen Ausbildungsplatz hat, drei Angebote für eine betriebliche Ausbildung." Neu ist außerdem die "assistierte Ausbildung". Dabei unterstützt ein Coach Jugendliche bei der Lehre, auch wenn es zu Konflikten im Betrieb kommt. In Baden-Württemberg gibt es bereits ein Modellprojekt. Dies soll die Bundesregierung nun per Gesetz ausweiten. "Als ersten Schritt streben wir für das Ausbildungsjahr 2015/2016 bis zu 10.000 Plätze für assistierte Ausbildung an", heißt es der SZ zufolge in dem Papier der geplanten neuen Allianz. Dies sei ein "gutes Instrument, um mehr Jugendliche zu einem beruflichen Abschluss zu bringen" und vor allem kleine und mittlere Unternehmen bei der Ausbildung von leistungsschwächeren Jugendlichen zu unterstützen. Auch die Finanzierung durch die Bundesagentur und aus Mitteln der Jobcenter ist demnach bereits gesichert. Seit Jahren geht die Zahl der Betriebe mit Auszubildenden und die Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge zurück. Gleichzeitig bleiben Zehntausende Lehrstellen in Deutschland unbesetzt. In dem Papier heißt es laut SZ dazu, die Berufswünsche von Jugendlichen und die regionalen Ausbildungsangebote seien "vermehrt nicht passgenau". Diese Entwicklung habe sich aufgrund "der zunehmenden Studierneigung der jungen Menschen" noch verschärft. Die Länder und die Bundesagentur für Arbeit (BA) sollen deshalb dafür sorgen, "dass künftig die duale Ausbildung stärker als Perspektive auch an Gymnasien vermittelt wird". Geplant sei auch, die überregionale Besetzung von Ausbildungsplätzen zu erleichtern: "Die Länder prüfen, kostenlose, Regionen übergreifende ÖPNV-Tickets für Jugendliche in Ausbildung anzubieten." Der SZ zufolge ist die neue Allianz, die der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Matthias Machnig (SPD), mit allen Beteiligten geschmiedet hat, noch nicht per Unterschrift besiegelt, weil noch an letzten Details gearbeitet wird. 2004 hatte sich die Wirtschaft mit dem "Ausbildungspakt" verpflichtet, jedem jungen Menschen, der ausbildungswillig und ausbildungsfähig ist, ein Angebot zu machen. Damals zogen der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Wirtschaftsverbände und mehrere Ministerien noch an einem Strang, bis der DGB 2010 ausscherte. Der Pakt soll nun durch die "Allianz für Aus- und Weiterbildung 2015 bis 2018" ersetzt werden.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-45738/bericht-unternehmen-sollen-20000-zusaetzliche-lehrstellen-schaffen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com